

Auszug aus der

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	XVIII-005/STV
Datum	Donnerstag, den 13.10.2016
Sitzungsbeginn	19:30 Uhr
Sitzungsende	21:23 Uhr
Ort	Stadtverordnetensaal

TOP 10 Kommunale Beschaffung "Deutschland fairgleicht" Vorlage: 2016/XVIII-0138

Die kommunale Beschaffung orientiert sich wie in vielen Kommunen so auch bei uns in Dieburg im Wesentlichen nur am günstigsten Preis. Kriterien wie soziale Bedingungen in der Produktion – vielfach in den Ländern des Globalen Südens – fallen oftmals durchs Raster und werden nicht als Entscheidungskriterien herangezogen. Dies zu ändern ist Ziel der Kampagne „Deutschland fairgleicht“, die dazu aufruft, dass sich Kommunen zu einem Netzwerk fairen Handelns zusammenschließen.

In Deutschland sollen etwaige Fairness-Lücken, die im kommunalen Beschaffungswesen noch zu finden sind, konsequent geschlossen werden. Damit wir hier vor Ort Güter nutzen, die woanders unter Einhaltung sozialer Mindeststandards hergestellt wurden: Pflastersteine, die ohne Kinderarbeit produziert werden. Arbeitskleidung für die Bediensteten im Bauhof, die ohne Zwangsarbeit genäht werden. Kaffee und Tee für die Verpflegung im Rathaus, bei denen die Rohstoffe unter fairen Bedingungen angebaut und geerntet werden.

Fairer Handel ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit und zugleich Förderung des Gemeinwesens vor Ort. Kreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Als öffentliche üben Kommunen eine wichtige Vorbildfunktion aus: hier werden rund die Hälfte der 350 Milliarden Euro verantwortet, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden.

Es fand ein Netzwerktreffen statt, zu dem 43 Mitglieder aus Kommunen, Kreisen und Regionen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und weiteren Institutionen aus ganz Deutschland kamen. Die Veranstaltung wurde im historischen Ratssaal im Rathaus Speyer durchgeführt.

Bei den Treffen zeigte Herr Prof. Dr. Jan Ziekow (von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer) im Rahmen eines Vortrags auf, dass öffentliche Auftraggeber nach der neuen Vergaberechtsreform (am 18. April 2016 in Kraft getreten) nunmehr Möglichkeiten zur Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien erhalten, weil die Anwendung dieser Kriterien nun viel umfangreicher und klarer beschrieben seien.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wirbt auf der Homepage des Ministeriums ebenfalls unter Verweis auf die Reform des deutschen Vergaberechts für ein verstärktes Engagement der Kommunen in der Unterstützung des fairen Handelns (skew.engagement-global.de).

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, künftig die Kriterien der Nachhaltigkeit und des fairen Handels im Beschaffungswesen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0

Der Punkt wird einstimmig beschlossen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung, empfiehlt dem Magistrat die Unterzeichnung der Resolution „2030 - Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ zu beschließen und so dem Netzwerk der bisher 23 Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0

Der Punkt wird einstimmig beschlossen.

Der TOP wird einstimmig beschlossen.